

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz – StandAG)
– Drucksache 17/13833 –**

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu den Nummern 1 bis 10 (EntschlieÙung)

Die Bundesregierung begrüÙt die in der EntschlieÙung zum Ausdruck kommende grundsätzliche Zustimmung zum Standortauswahlverfahren.

Zu den Nummern 11 bis 13 (Anträge)

Den Anträgen des Bundesrates stimmt die Bundesregierung zu, da sie zur Klarstellung des Gewollten beitragen.

